

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 3/4

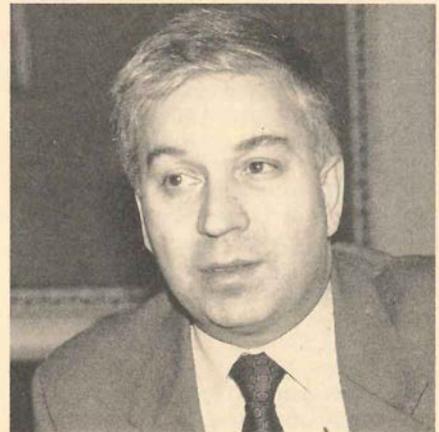
März/April 1989

5 Schilling

„Dem Faschismus entschieden entgegentreten“

„Kämpfer“-Interview mit Innenminister Dr. Franz Löschnak

Anfang Februar 1989 führte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky eine Regierungsumbildung durch. Nach dem Rücktritt des Genossen Karl Blecha als Innenminister wurde der bisherige Gesundheits- und Kanzleramtsminister Dr. Franz Löschnak zum neuen Innenminister bestellt. In einem Gespräch mit dem „Kämpfer“ bekannte sich Genosse Löschnak dazu, faschistischen Tendenzen vom ersten Augenblick an entschieden entgegenzutreten. Außerdem erklärte der Innenminister, daß er das Eintrittsgeld für den Besuch des ehemaligen KZ Mauthausen abschaffen will. Im folgenden das Interview mit Innenminister Dr. Löschnak im Wortlaut:



Innenminister Dr. Franz Löschnak (Foto: BM f. Inneres).

„Kämpfer“: Ist das Parteiprogramm 1978 der SPÖ eine politische Richtlinie für den sozialistischen Innenminister?

Löschnak: Selbstverständlich sind die Passagen, die sich mit den Anfängen des Faschismus und mit den Maßnahmen gegen den Faschismus befassen, Richtlinien für einen sozialistischen Innenminister. Der entscheidende Punkt liegt dabei meines Erachtens darin, daß allen Anfängen, die auf faschistische Tendenzen hindeuten oder Anhalts-

Funktionäre und Mandatare der SPÖ den Ehrenschatz über Veranstaltungen rechtsextremer Organisationen übernehmen. So haben 1988 sozialistische Mandatare über Veranstaltungen des „Österreichischen Turnerbundes“ den Ehrenschatz übernommen, Geldspenden überwiesen und sogar die Festrede gehalten. Das alles, obwohl Parteitagresolutionen sich eindeutig dagegen wenden, den Ehrenschatz über solche Veranstaltungen zu übernehmen.

Erinnerung rufen müßte, damit sie auch von lokalen Funktionären entsprechend wahrgenommen werden können.

„Die sozialistische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Geschichte erfahren, daß es notwendig ist, den Anfängen des Faschismus zu wehren. Sie wendet sich aber nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche reaktionärer Kräfte, demokratische Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben.

Daher ist sie auch wachsam gegenüber rechtskonservativen Bewegungen, die – ähnlich wie ihre Vorgänger – ihr gestörtes Verhältnis zur Demokratie durch kaum verhüllte Sympathien für Rechtsdiktaturen und den Kolonialismus alter und neuer Prägung in verschiedenen Teilen der Welt erkennen lassen.

Freiheit und Demokratie können niemals mit undemokratischen, autoritären Methoden erhalten und bewahrt werden. Deshalb müssen sie rechtzeitig und kraftvoll gegen alle Angriffe verteidigt werden.“

(Aus dem Parteiprogramm der SPÖ, beschlossen im Mai 1978)

punkte dafür geben vom ersten Augenblick an entschieden entgegentreten werden muß. Diesen ersten Augenblick jeweils zu erkennen und dann dementsprechend zu handeln, das scheint mir die Schwierigkeit bei diesem „Wehret den Anfängen“ zu sein.

„Kämpfer“: Als besonders ärgerlich wird gerade von den Freiheitskämpfern der Umstand empfunden, daß trotz einstimmig gefaßter Resolutionen von Bundesparteitag der SPÖ immer noch

Löschnak: Für mich ist die Übernahme eines solchen Ehrenschatzes unverständlich. Ich habe es sowohl in meiner Funktion als Wiener ASKÖ-Obmann wie auch als einer der stellvertretenden Bundes-ASKÖ-Obmänner immer abgelehnt, einen solchen Ehrenschatz zu übernehmen, und ich habe natürlich auch nie solche Veranstaltungen gefördert. Ich glaube, daß man bei einer der nächsten sich bietenden Gelegenheiten allen Funktionären diese Beschlüsse nochmals in

„Kämpfer“: Wie ist die aktuelle Situation im Kampf gegen Neo-Faschismus und Rechtsextremismus?

Löschnak: Die Situation ist trotz einer entsprechenden Novellierung des Verwaltungsstrafgesetzes (1986 in Kraft getreten, Anm. d. Red.) nach wie vor unbefriedigend. Wir haben damals versucht, diese Kleinkriminalität, wie ich sie immer bezeichnet habe, im Bereich des Faschismus besser in den Griff zu bekommen, weil ja die größeren Vorfälle und Entwicklungen ohnehin durch das Verbotsgesetz entsprechend abgesichert sein sollten. Wie sich zeigt, ist aber die Situation nach wie vor unbefriedigend. Nur eines ist aus meiner Sicht besser geworden, nämlich, daß die Sicherheitsorgane häufiger Anzeigen sowohl nach dem Verbotsgesetz als auch nach dem novellierten Verwaltungsstrafgesetz tätigen, was doch erwarten läßt, daß bei einem kontinuierlichen Verlauf dieser Anzeigen in den nächsten Jahren eine gewisse Präventivwirkung damit erreicht wird.

Fortsetzung auf Seite 2

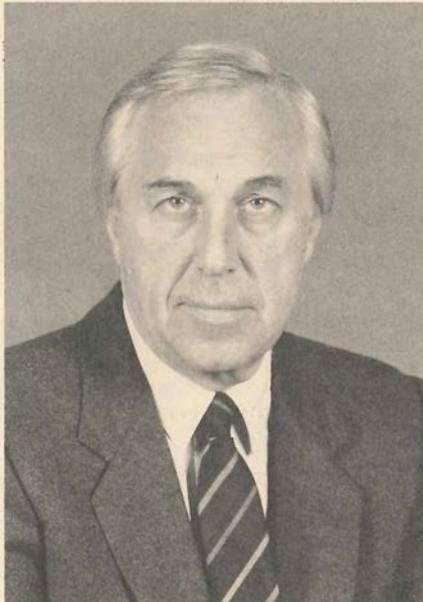
ALFRED DALLINGER — FREUND DER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Bei der Trauerkundgebung des Bundesvorstands der Sozialistischen Freiheitskämpfer prägte die Vorsitzende, Rosa Jochmann, den Satz: „Wir haben mit Alfred Dallinger nicht nur einen Freund, sondern **den** Freund aller Opfer des Faschismus verloren.“ Sie brachte damit zum Ausdruck, was die Frauen und Männer fühlen, die das Grauen des Faschismus persönlich erlebt haben.

In den vielen Gedenkreden und Artikeln wurde vor allem das Wirken des Gewerkschafters und Sozialpolitikers gewürdigt. Dallinger gehörte zu jenen großen Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung, die mit beiden Füßen auf dem Boden der Realität stehen, sich aber den Sinn für gesellschaftspolitische Perspektiven und soziale Visionen bewahrt haben.

Es ist notwendig, auch jene Seiten dieser großen Persönlichkeit zu würdigen, die zum Bereich des Antifaschismus gehört. Dallinger war ein aufrechter Antifaschist. Er hatte ein tiefes Verständnis für die Probleme und Nöte jener Menschen, die zu den Opfern des Faschismus gehörten. Bei Gesprächen zwischen ihm und den Vertretern der Opferverbände war er stets bemüht, den Wünschen und Forderungen entgegenzukommen, soweit es möglich war. Bei diesen Gesprächen hatten alle Beteiligten das Gefühl, es handelt sich um Gespräche zwischen Freunden. Der Sozialminister war einer von uns, durchdrungen von humanistischer und antifaschistischer Gesinnung. Für Dallinger gab es in der Opferfürsorge keine „Fälle“, sondern es ging ihm stets um Menschen, die Schweres durchgemacht haben.

Dallinger wußte, und er hat es in seinen Reden oft gesagt, daß eine faschistische Gefahr auch in der Zweiten Republik besteht, und es notwendig ist, sie



Sozialminister Alfred Dallinger
(1926–1989). (Foto: Haslinger)

In einer Sitzung des Bundesvorstandes, des Wiener Vorstandes, der Wiener Obmänner und der Vertreter der Landesverbände unseres Bundes gedachte Genossin Rosa Jochmann am 24. Februar 1989 in Wien des am Tag vorher bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommenen Sozialministers Alfred Dallinger. Unser Bund hat mit Genossen Dallinger nicht einen Freund verloren, sondern **den** Freund, sagte Genossin Jochmann. Wir haben für unsere Anliegen bei ihm stets offene Türen vorgefunden. Genosse Josef Hindels sagte, das Vermächtnis Dallingers erfüllen heiße, den antifaschistischen Kampf verstärkt weiterzuführen. Den Worten des Gedenkens schloß sich eine Trauerminute an.

entschieden zu bekämpfen. Gemeinsam mit den Opferverbänden trat er für das Verbot aller neonazistischen Organisationen, Publikationen und Kandidaturen ein. Aber er wurde nicht müde zu betonen: Verbote allein genügen nicht, mehr antifaschistische Aufklärung ist notwendig. Und er selbst hat diese Aufklärungsarbeit geleistet und gefördert. Unvergessen sind seine Reden bei Kundgebungen in ehemaligen Konzentrationslagern.

Für ihn war auch der Begriff „Internationale Solidarität“ keine Phrase. Er hat an den großen Kundgebungen bis zum Sturz der Franco-Diktatur in Spanien und an den Demonstrationen gegen den faschistischen Staatsstreich in Chile teilgenommen.

Alfred Dallinger hat über sein eigenes Leben, über seine Erfahrungen mit Faschismus und Krieg, nur selten gesprochen. Viele wußten daher nicht, daß er als Jugendlicher in der NS-Zeit an einer Widerstandsgruppe gemeinsam mit anderen Lehrlingen teilgenommen hat.

1943 wird Dallinger zur Wehrmacht eingezogen und schwer verwundet. Er hat den Dienst in der Hitlerwehrmacht nie als „Pflichterfüllung“ betrachtet, sondern ist auch in der fremden Uniform seiner österreichischen und antifaschistischen Gesinnung treu geblieben.

Mit Alfred Dallinger verlieren nicht nur die sozialistischen Freiheitskämpfer, sondern alle Antifaschisten ohne Unterschied der parteipolitischen oder weltanschaulichen Richtung einen Freund und Kampfgefährten. Sein Vermächtnis zu erfüllen bedeutet: Wachsam zu bleiben, aus den bitteren Erfahrungen zu lernen, damit es nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg geben kann.

Josef Hindels

Fortsetzung von Seite 1

„**Kämpfer**“: Kann man aus dem Umstand, daß mehr Anzeigen erstattet werden, auf den Bewußtseinsstand der Sicherheitsorgane schließen?

Löschnak: Ich kann mich noch an einige Gespräche mit meinem Amtsvorgänger, dem Genossen Blecha, erinnern, wo wir meinten, daß diese Novelle zum Verwaltungsstrafgesetz zum Anlaß genommen werden muß, die Exekutivorgane dementsprechend zu schulen. Diese Schulungen wurden teilweise durchgeführt, und das Ergebnis ist ein doch merkbares Ansteigen der Anzeigen sowohl nach dem Verbotsgesetz als auch nach dem novellierten Verwaltungsstrafgesetz.

„**Kämpfer**“: Empörung und Unverständnis gibt es in unserem Bund über den Umstand, daß für den Besuch des

Freiheitskämpfer danken Karl Blecha

Namens des Präsidiums der Freiheitskämpfer übermittelten Rosa Jochmann und Josef Hindels dem früheren Innenminister Karl Blecha ein Schreiben, in dem es heißt:

„Der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer bedauert zutiefst Deinen Rücktritt, für den es keine sachliche Begründung gibt. Wir danken Dir für Deine Tätigkeit, die unsere Arbeit im Kampf gegen den Neonazismus wesentlich erleichtert hat. Du bist auch als Innenminister jener aufrechte Antifaschist geblieben, der Du bereits in Deiner Jugend warst. Der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer verbindet seinen Dank mit dem Wunsch, daß Du auch in Zukunft als Funktionär wesentliche Beiträge im Kampf unserer Partei leisten wirst.“

ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen Eintrittsgeld verlangt wird. Was gedenkst Du als Innenminister da zu machen?

Löschnak: Ich habe bereits mehrmals mit den beteiligten leitenden Beamten hier im Haus gesprochen. Insgesamt geht es um eine Einnahme von 1,3 Millionen Schilling pro Jahr, die zweckgebunden für die Adaptionsarbeiten im KZ Mauthausen verwendet werden. Ich selbst habe eine Präferenz für die Abschaffung dieses Eintrittsgeldes, bin aber noch auf der Suche, um eine Ersatzquelle zu erschließen, weil ich ja davon ausgehe, daß die Gesamtmittel, die für die Aufrechterhaltung des Betriebs in Mauthausen zur Verfügung stehen müssen, ungeschmälert erhalten bleiben sollen.

„**Kämpfer**“: Genosse Löschnak, wir danken für dieses Gespräch.

Nie wieder Gewalt in der Politik

SPÖ-Vorsitzender Franz Vranitzky am 12. Februar in Bruck/Mur

Mehr als 1000 Menschen, unter ihnen auch eine starke Gruppe von Freiheitskämpfern aus Wien, nahmen am 12. Februar 1989 an der Gedenkundgebung der steirischen SPÖ auf dem Friedhof St. Ruprecht in Bruck an der Mur teil. Vor dem Grab von Koloman Wallisch und der anderen Brucker Opfer des Februar 1934 sprachen der Vorsitzende der SPÖ-Bezirksorganisation Bruck an der Mur, Genosse Josef Gruber, Landesparteivorsitzender Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Gross und SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, aus dessen Rede wir folgenden Auszug veröffentlichen:

Gerade die Erinnerung an Koloman Wallisch zeigt uns, daß die lautersten Forderungen und die durchdachtesten Programme Papier bleiben, wenn sie nicht durch jene Menschen konkrete Gestalt annehmen, die sie auch vertreten. Die Geschichte der Sozialdemokratie wurde deshalb eine Geschichte des Fortschritts unserer Gesellschaft, weil immer wieder Arbeiterinnen und Arbeiter, Genossinnen und Genossen, Freunde und Sympathisanten mit ihrer ganzen

Einsatzes, Freiheit auch eine der persönlichen Einstellung. Denn nicht die Willkür, nicht die Verfolgung und auch nicht die Ermordung haben unsere Genossinnen und Genossen besiegen können. Ihr Einsatz hat Diktatur und Totalitarismus, hat die dunkelste Zeit unserer Geschichte überstanden. **Sie sind unbeugsam und überzeugt auf der richtigen Seite gestanden, sie haben für die richtige Sache gekämpft. Aus ihrem Verhalten können wir heute und**

schaftsformen. Sozialdemokraten haben sich daher immer und mit ganzer Kraft gegen den autoritären Ständestaat, gegen Faschismus und gegen Nationalsozialismus zur Wehr gesetzt. **Die Ausschaltung der Sozialdemokratie 1934 war gleichbedeutend mit der Ausschaltung der Demokratie in Österreich. Das autoritäre und ständische Regime bereitete so den Boden auf für die furchtbare Saat, die noch aufgehen sollte. Jene Menschen, die sich dem entgegengestellt haben, jene, die dieses autoritäre Regime ermordet, gefangengenommen oder vertrieben hat, waren Kämpfer für Freiheit und Demokratie. Ihnen gebührt unsere Anerkennung, unsere Verehrung und unser Dank. Sie sind wahre Demokraten und wahre Österreicher, denn sie haben eine Pflicht für dieses Land und für eine soziale und demokratische Ordnung erfüllt.** Wer immer das heute abzuschwächen, zu verharmlosen oder gar zu leugnen versucht, dem werden wir mit aller Entschiedenheit entgentreten. Denn das sind wir diesen Frauen und Männern, unseren Genossinnen und Genossen, aber auch allen anderen, die für die Freiheit Opfer bringen mußten, schuldig.

Und auch jenen Zehntausenden Österreicherinnen und Österreichern, die ihr Leben in den Todeslagern des Nationalsozialismus lassen mußten, so wie etwa ein großer Dichter der Arbeiterbewegung, dessen Tod sich in den nächsten Tagen zum 50. Mal jährt: Auch das Gedenken an Jura Soyfer, sein Kampf gegen den Faschismus und seine Ermordung im KZ Buchenwald sollen uns Mahnung gegen jede Versuchung eines gemüthlichen Umgangs mit der Apokalypse sein.

Es ist mir gerade angesichts dieses Mahnmals und angesichts der Tatsache, daß in dieser Stadt vor 45 Jahren Österreicher aufeinander geschossen haben, ein besonderes Anliegen: Laßt uns über alle Differenzen hinweg, über alle Unterschiede in den Auffassungen niemals wieder die Bereitschaft zum Gespräch vergessen. **Gewalt darf in diesem Land nie mehr Mittel politischer Auseinandersetzung werden.** Der Dialog und das Gespräch müssen gesucht werden, und sie müssen gerade auch dann gesucht werden, wenn man glaubt, sie seien sinnlos geworden. Kompromiß zeugt nicht von Gesinnungslosigkeit, sondern von Weisheit. Nicht Ausschluß oder Ausgrenzung, sondern Einbeziehung und Mitverantwortung müssen Maximen politischen Handelns sein. Darin bestimmt sich die demokratische Reife einer Gesellschaft, und wie das Beispiel

Fortsetzung auf Seite 4



SPÖ-Vorsitzender Vranitzky bei seiner Ansprache (neben ihm Zentralsekretär Marizzi). (Foto: Hans Waschek)

Kraft, mit ihrem ganzen Idealismus und mit großem Einsatz für diese Ziele eingestanden sind. Aus diesem persönlichen Engagement jedes einzelnen, aus dem Rat, aus den Gesprächen, aus dem Zuhörenkönnen, aus dem Helfenwollen, aus dem Nachdenken und aus dem sozialen Handeln, kurz aus dem hunderttausendfachen und millionenfachen Einsatz ihrer Mitglieder und Funktionäre, schöpft die Sozialdemokratie jene Kraft, die sie die Gesellschaft so sehr verändern ließ, wie sie das in den letzten 100 Jahren getan hat.

Koloman Wallisch mag uns auch hier lebendiges Beispiel dafür sein, daß nicht nutzlose Selbstbescheidung, sondern sicheres und organisiertes Auftreten der Sozialdemokratie zur Durchsetzung ihrer Forderungen verhelfen. Glaubwürdigkeit ist eine Sache des persönlichen

in aller Zukunft Kraft und Zuversicht schöpfen, weil wir wissen, daß es nicht umsonst war.

Unserer Bewegung war und ist Demokratie in allen und für alle Lebensbereiche immer ein vordringliches Anliegen: Nicht nur das formelle Recht zur Stimmabgabe, so wichtig es auch ist, sondern gelebte Demokratie, das Prinzip, daß die Menschen über ihre Verhältnisse selbst entscheiden können, daß sie diese gestalten können und so auch nach ihren Wünschen und Vorstellungen verändern können. Dies entspricht unserem Menschenbild, das den freien und selbstbestimmten Menschen in einer solidarischen Gemeinschaft sieht. Es gibt deshalb auch keinen größeren Gegensatz als den zwischen der Sozialdemokratie und autoritären und totalitären Herr-



Fortsetzung von Seite 3
unserer 2. Republik zeigt, kann man dies
auch erlernen.

Wort von der politischen Moral und von
der politischen Verantwortung ernst ge-
nommen. Wir haben es ernst genom-

Dallinger: Lehren aus dem 12. Februar 1934 ziehen

„Ich sehe eine Tendenz in der Gesellschaft, daß die Lehren aus dem 12. Februar 1934 vergessen werden. Dieser Tendenz muß mit Entschiedenheit entgegengewirkt werden“, erklärte Sozialminister Alfred Dallinger am 11. Februar 1989 gegenüber der „Sozialistischen Korrespondenz“. „Wenn aus dieser in der Gesellschaft spürbaren Tendenz Interessenvertretungen und politische Parteien politisch Kapital schlagen wollen, wird es gefährlich für die Demokratie.“

Dallinger betonte, daß die Massenarbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit unter anderem auch Nährboden für den Faschismus war, der zum Bürgerkrieg und in der Folge zum Ende Österreichs und zu 50 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg führte. „Die Situation heute ist nur schwer mit der Zwischenkriegszeit zu vergleichen“, betonte Dallinger. „Das soziale Netz ist dichter, wer heute arbeitslos wird, fällt nicht ins soziale Nichts.“

Eine zentrale Lehre aus den Ereignissen der Zwischenkriegszeit muß bleiben, daß Vorteile und Lasten gerecht verteilt werden. Es ist nicht nur unzumutbar, sondern für unser politisches und gesellschaftliches System gefährlich, wenn die Last des Strukturwandels – etwa in Form von Flexibilisierung – ausschließlich den Arbeitnehmern aufgebürdet wird, wenn die Pensionisten die Last der Pensionsreform allein tragen müssen und wenn den jungen Menschen selbst die Verantwortung für ihre Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt zugeschoben wird. Nur durch eine solidarische Politik, die alle Gruppen der Gesellschaft einbezieht, kann unser demokratisches System gesichert werden, betonte Dallinger.

Jede Politik kann immer nur so gut und so glaubwürdig sein, wie die Menschen, die sie vertreten. Vergewärtigen wir uns hier an der Erinnerungsstätte so großer und bedeutender Genossen die Geschichte unserer Bewegung, so sehen wir, daß es immer auch ein besonderes Anliegen der Sozialistischen Partei war, hohe moralische Standards und damit politische Signale für eine saubere und anständige Politik zu setzen. Die Menschen haben uns auch deshalb so massenweise und in jüngster Zeit immer größeres Vertrauen geschenkt, weil die Sozialisten zu dem, was sie sagten, auch standen und es auch vorlebten. Und wiederum bietet uns Koloman Wallisch dafür ein leuchtendes Beispiel.

Verschiedene Vorkommnisse in der letzten Zeit haben dieses Vertrauen erschüttert. Aber einmal mehr hat die Sozialistische Partei Österreichs bewiesen, daß sie die Kraft zu einem Neubeginn besitzt, daß sie die Konsequenzen zieht und jene Maßnahmen setzt, die die Menschen, ihre eigenen Mitglieder und ihre Wähler, von ihr erwarten. Wir haben das

men, unabhängig von der Frage nach juristischer Schuld und haben neue Maßstäbe gesetzt. Während andere nur von der Sauberkeit in der Politik bei Wahlveranstaltungen reden, sich aber bei konkreten Fällen herausreden, haben wir gehandelt, unter anderem auch mit einem Vier-Punkte-Programm, das die finanziellen Verhältnisse unserer Politiker und unserer Partei offen und klar darlegt. Wir haben dies aus Überzeugung getan und weil diese Partei eine hundertjährige Tradition politischer Ehrlichkeit aufzuweisen hat. Wir haben damit aber auch einen guten ersten Schritt in unser nächstes Jahrhundert gemacht, indem wir einmal mehr die politische Kultur dieses Landes geprägt haben.

Auch daran läßt sich ersehen, daß sich die Sozialdemokratie bewegt, daß sie weiterhin die Gesellschaft bewegt und daß die letzten Worte des Genossen Koloman Wallisch heute und für die Zukunft Wahrheit haben: „Es lebe die Sozialdemokratie!“



Mehr als 1000 Menschen nahmen an der Gedenkkundgebung auf dem Friedhof St. Ruprecht in Bruck/Mur teil. (Fotos: Hans Waschek)



Das Grab von Koloman Wallisch.

Gedenkkundgebung am Albertinaplatz



Eine von Rosa Jochmann geführte Delegation der Sozialistischen Freiheitskämpfer legte am 11. März 1989 bei der Figur des die Straße waschenden Juden des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz einen Kranz nieder. Josef Hindels hielt eine Gedenkansprache. An der Gedenkkundgebung nahmen mehr als 100 Personen teil.

(Foto: Hans Waschek)

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Otto Skritek, Hans Waschek.

Fehler von 1934 müssen Mahnung und Lehre sein

Nicht die 55 Jahre, die seit der Hinrichtung des freigewählten sozialdemokratischen Abgeordneten Koloman Wallisch verstrichen sind, sind es, die heute zur Versöhnung mahnen, sondern die Tatsache, daß es heute niemanden mehr gibt, der dieses Gerichtsurteil gegen Koloman Wallisch rechtfertigen und verteidigen würde, erklärte SPÖ-Klubobmann Dr. Heinz Fischer am 28. Februar 1989 in seinen Begrüßungsworten anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel für Koloman Wallisch am Parlament beim Eingang zum SPÖ-Klub. An der Enthüllung nahmen mehr als 1000 Menschen, unter ihnen auch der steirische SPÖ-Vorsitzende, Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Gross und der geschäftsführende Vorsitzende der sozialistischen Freiheitskämpfer, Otto Skritek, sowie Angehörige von Wallisch, teil.

„Über alle politischen Grenzen hinweg gibt es heute Übereinstimmung dahingehend, daß sich solches niemals wieder ereignen darf, daß die furchtbaren Fehler von damals Mahnung und Lehre sein müssen und daß sich Koloman Wallisch einen Ehrenplatz in der Geschichte unseres Landes und eine Ehrentafel am Sitz unserer Volksvertretung verdient hat“, betonte Fischer. Wallisch wurde am 28. Februar 1889 geboren, am 2. Dezember 1930 als sozialdemokratischer Abgeordneter in den Nationalrat gewählt. Am 18. Februar wurde er im Zuge der Februarkämpfe verhaftet, und am 19. Februar 1934 wurde er durch ein Standgericht zum Tode verurteilt. Wallisch sagte damals zum Richter: „Ich weiß genau, daß ich verurteilt werde. Ich bettle nicht um Gnade, ich brauche keine Gnade, und über den 19. Februar 1934 wird die Arbeiterschaft urteilen. Dieser Tag wird allerdings nicht in Ehrenlettern in der Geschichte der Justiz vermerkt sein.“ Fischer wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung damals in der bittersten Form lernen mußte, daß es Urteile gibt, die mit Gerechtigkeit nichts zu tun haben.

Die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten Koloman Wallisch ist lebendig und ungebrochen, betonte Genosse Gross. Mit der Gedenktafel am Parlament wird dem Wirken und Leben Wallischs ein würdiges Denkmal gesetzt. Wallisch hat die Grundsatzklärung von Hainfeld im Herzen getragen und hat nach ihr gelebt. Im Zentrum seines Wirkens stand stets die Verwirklichung der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie. „Bemühen wir uns, seinem Andenken gerecht zu werden und bewahren wir uns trotz aller politischen Gegensätze die dunkle Vergangenheit als Mahnung“, sagte Gross.

Die Frauen und Männer des Februar 1934 waren Menschen, die für die Verwirklichung der Demokratie in Österreich

eingetreten sind, sagte Genosse Skritek. Österreich war damals bereits ein halbfaschistischer Staat, in dem mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz regiert wurde. Der Weg, den die Februarkämpfer verhindern wollten, hat dann zur Nazi-Herrschaft und zu Gaskammern geführt. Die Februarkämpfer haben nach 1945 dem neuen demokratischen Österreich seine Glaubwürdigkeit gegeben. „Wir müssen uns immer daran erinnern, daß Wallisch für uns eine große Verpflichtung ist, gegen den Faschismus – wo immer er sich zeigt –, einzutreten“, sagte Skritek, der auch dem früheren Nationalratspräsidenten Leopold Gratz dafür dankte, daß er die Anbringung der Gedenktafel ermöglicht hatte.

SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky unterstrich in seiner Gedenkrede, daß die Forderung des „Niemals wieder“ ihre Entsprechung finden muß in politischen Handlungsweisen, die der Demokratie ihre materielle Grundlage geben. „Nur wenn die Menschen sinnvoller Arbeit nachgehen können, wenn die Jungen eine Ausbildung und die Alten ihren Ruhestand sicher genießen können, wenn ein bestimmtes Maß an sozialem Fortschritt und für alle erbbare soziale Gerechtigkeit vorhanden sind, wird die Fähigkeit zum Dialog zwischen den Menschen vorhanden sein. Damit ist der Kampf für die Demokratie gleichzeitig ein Kampf für Arbeit, Ausbildung, Arbeiterschutz und soziale Absicherung. Diesen Kampf haben Koloman Wallisch und seine Genossinnen und Genossen geführt. Und diesen Kampf werden wir weiterführen.“

Der SPÖ-Vorsitzende wies darauf hin, daß die Gedenktafel zu Ehren des früheren Abgeordneten und Landesparteisekretärs der steirischen Sozialisten, Koloman Wallisch, auch daran erinnert, daß



Die Gedenktafel neben dem Eingang zum SPÖ-Parlamentsklub (Foto: Bartel).

die Sozialdemokraten einen langen Weg zurückgelegt haben. Der 100. Geburtstag von Koloman Wallisch fällt mit dem 100. Geburtstag der österreichischen Sozialdemokratie zusammen. Sie erlebt, dank solcher Frauen und Männer, wie er einer war, diesen 100. Geburtstag als eine große, verantwortungsvolle und staatstragende Partei, die viele ihrer Ziele, für die auch Koloman Wallisch gekämpft hat, erreicht hat. Die SPÖ hat diese Ziele erreicht, indem die Menschen, die sie vertreten, für die Ziele auch gelebt haben – das war niemals in der 100jährigen Geschichte der Sozialdemokratie ein einfacher Weg, sagte Vranitzky.

Nach der Enthüllung der Gedenktafel wurde die Veranstaltung mit dem „Lied der Arbeit“ beendet.



SPÖ-Vorsitzender Vranitzky enthüllte in Anwesenheit von Familienangehörigen Koloman Wallischs die Gedenktafel. (Foto: Bartel)



„Republikaner“: Jörg Haider traf Schönhuber

„Wir lassen es nicht zu, daß unsere Geschichte permanent auf Auschwitz reduziert wird.“ Dieses Zitat aus der Aschermittwochrede 1989 des Bundesvorsitzenden der „Republikaner“ Franz Schönhuber ist wohl wieder als Ölaufguß auf die Feuerzungen der Vorurteilmobilisierung zu sehen. Und gerade die ständigen Appelle an den Alltagsfaschismus kennzeichnen diese Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die durch ihren Wahlerfolg in Berlin neuerlich auf die Gefahr von rechts aufmerksam machte. So berichtete die „Jüdische Rundschau“ aus der Schweiz am 2. Februar 1989 über diese Appelle: „Mit griffigen und giftigen Parolen hetzen die ‚Republikaner‘ gegen Ausländer. Die Errungenschaften des sozialen Netzes dürften nicht dazu da sein, daß sich Gastarbeiter darin ausruhen. In einem Fernsehwerbespot wurden Ausländer in häßlichen, verzerrten Bildern dargestellt – unterlegt mit der Melodie ‚Spiel mir das Lied vom Tod‘. Der Sender Freies Berlin hatte zunächst wegen des Verdachts der Volksverhetzung diesen Werbespot nicht noch einmal ausstrahlen wollen, ist aber vom Verwaltungsgerichtshof dazu verpflichtet worden.“

Auffallend und wichtig für uns in Österreich ist die Tatsache, daß bereits am 20. Juli 1987 der BRD-Nachrichtendienst „blick nach rechts“ informierte, daß es bei einer Tagung von Fachleuten aus Politik und Wirtschaft zu einer Begegnung zwischen Jörg Haider und Franz Schönhuber gekommen ist, wobei beide Vorsitzende ihrer Parteien „eine weitgehende Übereinstimmung in Grundsatzfragen“ feststellten. Bestätigt wird diese Nachricht in der Zeitung der „Republikaner“ selbst, die in der Nummer 11 aus dem Jahre 1988 nochmals die Übereinstimmung mit der FPÖ betonte. Wir lesen hier die Sätze: „Als Beobachter nahm am jüngsten FPÖ-Bundesparteitag in Villach das Bundesvorstandsmitglied der Republikaner, Boris Rupp, teil. Er traf sich zu einer kurzen Unterredung mit Haider zusammen und überbrachte ein Grußwort. Rupps Eindruck: Freiheitliche und Republikaner haben in nahezu allen Grundfragen übereinstimmende Ansichten.“

Die Aufgabe der Sozialistischen Freiheitskämpfer wird es sein, unsere volle Solidarität mit den Antifaschisten in der BRD gegen die neuerliche rechtsextreme Provokation unter Beweis zu stellen.

Antisemitismus in Krenn-Blatt „13.“

„Unqualifiziert blieben die demagogischen Untergriffe von Friedrich Engelmann, Journalist einer aggressiven traditionalistischen Zeitschrift aus Linz . . . Andere Meinungen stempelt er gerne als ‚Irrlehre‘ ab und zum Schluß beschuldigte er gar noch Pfarrer Schermann, sich mit Karl Heinz Deschner verbrüdet zu haben . . .“ So beschrieb nicht eine sozialistische Zeitung, sondern Fritz Csoklich in der „Kleinen Zeitung“ das Auftreten des Herrn Friedrich Engelmann im Club 2 zum Thema „Kirche am Kreuzweg“.

Friedrich Engelmann von der seit 13. Oktober 1985 erscheinenden Zeitung „Der 13. – Zeitung der Katholiken für Glaube und Kirche“, macht uns mit einer Erscheinung in der katholischen Kirche bekannt, die auch uns zur Besorgnis Anlaß gibt. In der Zeitschrift „Medien & Zeit“, Nr. 3/1988, analysierte Walter Kissling dieses Organ unter dem Titel: „Die Macht des Bösen ist am Werk – Antisemitische Argumentationen im fundamentalistisch-katholischen Monatsblatt ‚Der 13.‘.“ Insbesondere ist es der Beitrag des „13.“ zur Waldheim-Diskussion, der hier durchleuchtet wurde. Über einen diesbezüglichen Beitrag eines Pfarrers Angermann schrieb Walter Kissling: „Der Argumentationsweg ist pfeilgerade, der Mythos fliegt in glücklicher Klarheit von den Schriftgelehrten,

Pharisäern und Heuchlern, die – als Juden wohlgermerkt – Jesus ans Kreuz schlugen, über jüdische Führer und Freimaurer, die die Kirche als Leib Christi immer schon angegriffen haben, hin zu den führenden Judenkreisen an der Ostküste, die ein Scharfschießen eröffnen, auf den gläubigen Christen als Bundespräsidenten, und damit auf ein Glied dieser Kirche . . .“ Über diese antisemitischen Äußerungen meinte Kissling noch, daß der mit der Redaktion kooperierende Bischof Krenn „keine distanzierende oder korrigierende Stellungnahme im Blatt abgegeben“ hat.

So bekommen wir durch den lesenswerten Beitrag von Walter Kissling einen Einblick in eine Publikation, der wir auch unsere antifaschistische Aufmerksamkeit widmen müssen.

Entlarvung einer Geschichtslegende

In der Fernsehsendung „Hohes Haus – extra“ erzählte Alfred Maleta von einem Disput mit Genossen Alexander Eifler im KZ Dachau. Maleta sprach da wörtlich: „Ich erinnere mich noch, wie ich als Bub auf der Linzer Landstraße gestanden bin und euren Aufmärschen am 1. Mai zugeschaut hab. Was habts ihr

Kärntner Grenzland- jahrbuch 1989

Wieder einmal provoziert das „Grenzlandjahrbuch“ der FPÖ Kärntens die Antifaschisten. So sieht die Kärntner Künstlerinitiative in diesem Werk eine Verbreitung von NS-Gedankengut und fordert, wie einem Bericht in der Zeitung „Der Standard“ zu entnehmen ist, „jedenfalls den sofortigen Rücktritt von Frau Trattning, da deren Äußerungen dem Ansehen Kärntens im In- und Ausland schwersten Schaden zufügen würden, sowie eine sofortige Überprüfung der Arbeit des Redaktionsteams des Kärntner Grenzlandjahrbuches“.

Wir finden in dieser Publikation, etwa in dem Beitrag der FPÖ-Klubobfrau Kriemhild Trattning „Wer regiert in Österreich oder Kärnten?“, eine Wiederauflage der Weltverschwörungstheorie. Diesmal ist es das „geheime Zusammenspiel der westlichen Hochfinanz mit den Kommunisten“. Der Obmann des in unserer Zeitung schon mehrmals dargestellten „Kärntner Heimatdienstes“, Josef Feldner, erklärt den Lesern, daß Slowenen lieber deutsch sprechen. Dazu wird hier wieder behauptet, die alte lächerliche Walze wie eh und je, slowenische Funktionäre betreiben eine „auf Slowenisierung möglichst vieler Deutschkärntner ausgerichtete Politik“. Unglaubliche Sätze, die mit Recht den antifaschistischen Protest entfachten, finden wir auch in dem Beitrag von Josef Aichhorn. Der Autor meint etwa zur „Aufklärung“ der „umerzogenen Generationen“ unter dem Titel: „Einseitiges Gedenken. Erinnerungen eines Zeitzeugen an das Jahr 1938“: „Nach dem Krieg kamen viele nationalgesinnte Idealisten nach den dreißiger Jahren das zweitemal für viele Jahre an die Opferbank, und auch der Henker mußte wieder her. Warum? Häufig nur, weil Sie als Funktionäre Ordnung pflegten . . .“ Eine bodenlose Beleidigung aller Opfer der Nazibarbarei, hier von „Ordnung“ zu sprechen.

Grußworte finden wir in diesem „Grenzlandjahrbuch“ vom ÖVP-Landesobmann Harald Scheucher und leider auch von Genossen Leopold Wagner.

denn da aufgehabt Verehrter? Die Mützen der Sowjetarmee mit dem roten Stern.“ Nun, Alfred Maleta meinte keinen Aufmarsch der Kommunisten, er „informierte“ über eine sozialdemokratische Maidemonstration. Zum Durchbruch der Wahrheit dürfen wir Alfred Maleta daran erinnern, daß auf den Mützen des Republikanischen Schutzbundes kein Sowjetstern war, sondern die Kokarde der Schutzbundmütze zierte eine rote Nelke mit der Aufschrift „S. D. A. P.“ und „Republikanischer Schutzbund Österreichs“. So einfach ist die historische Wahrheit!

Gedenken an Josefa und Robert Calta

Anfang Jänner 1989 ist unsere Genossin Josefa Calta im 84. Lebensjahr von uns gegangen. Sie folgte damit ihrem geliebten Gatten Robert. Beide waren sie aufrechte und vorbildliche Sozialisten und beide waren sie illegal tätig, solange ihnen das möglich war. Wir werden Josefa und Robert Calta stets ein treues Andenken bewahren und sie niemals vergessen.



Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen in Baden-Württemberg. Der Familie unseres Freundes und unserer deutschen Genossinnen und Genossen geht zum Tod von Adolf Hasenöhrl unser tiefes Mitgefühl zu. Wir werden Adolf Hasenöhrl niemals vergessen.

Floridsdorf

Sprechstunden. Unsere Bezirksgruppe hat ihre Sprechstunden an jedem Dienstag von 17 bis 18 Uhr (21., Franz-Jonas-Platz 8, Stiege 1, 3. Stock).

Antisemitismus in Niederösterreich

Betrachtet man die ersten Siedlungen der Juden in Niederösterreich, ergibt sich folgendes Bild: ein großer Siedlungszug folgte der Donau entlang, ein zweiter führte beiderseits der Römerstraße von Wien in den Süden. Radikale Kräfte der Kirche versuchten den Juden ihre Existenz zu erschweren. So wurde zum Beispiel am 4. Lateran-Konzil 1215 eine Trennung sozialer und gesellschaftlicher Art zwischen Juden und Christen verlangt. Das Konzil verordnete für Juden eine besondere Kleidung (spitze Hüte) und an österlichen Kartagen ein Ausgehverbot. Dennoch wurde der jüdische Besitz geschützt. Im Laufe der Zeit beließ man den Juden allerdings nurmehr den Geldhandel.

Allmählich wuchs in Wien – neben Krems und Wiener Neustadt – ein Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit heran.

Im Jahre 1267 fand ein Provinzialkonzil statt, um die, ein halbes Jahrhundert vorher, gefaßten Beschlüsse des Laterankonzils auch endlich „hierorts“ durchzusetzen. So wurde den Juden der Besuch von christlichen Gasthäusern verboten, und der Geschlechtsverkehr zwischen Christen und Juden sollte bestraft werden, was jedoch – alles in allem – nicht gelang. Die Juden gerieten dennoch immer stärker in eine Ausnahme-situation: für die Kirche waren sie eine Gruppe, die es finanziell und politisch zu nutzen galt. Von der finanziell verschuldeten Bevölkerung wurden die Juden oft gehaßt, und für die Fürsten stellten sie infolge der Judensteuer eine wichtige Geldquelle dar.

Wegen ihrer eigenständigen Religionsausübung und ihren ortsfremden Riten kam es nicht selten zu antisemitischen Aggressionen. 1293 fand die erste Judenverfolgung in Niederösterreich mit tödlichem Ausgang statt: Kremser Juden wurden verdächtigt, an einem Christen einen „Ritualmord“ begangen zu haben, worauf zwei von ihnen zu Tode gerädert wurden. Die Judenverfolgung verbreitete sich über ganz Niederösterreich. 1338 wurde im Hause eines Pulkauer Juden angeblich eine blutige Hostie gefunden, worauf man wegen vorgeblicher Hostienschändung alle Pulkauer Juden verbrannte. Und während

der Pestepidemie im Jahre 1347 beschuldigte man die Juden von Krems, Brunnen vergiftet zu haben. Wieder mußten unschuldige Juden sterben.

Zwischen 1370 und 1380 wurden in Niederösterreich zahlreiche Juden eingesperrt. Die diversen Schuldbriefe jedoch beließ man ihnen, damit sie nach ihrer Freilassung weiterarbeiten konnten.

(Auszüge aus dem Buch „Ausgelöscht – Vom Leben der Juden in Mödling“, verlegt bei „edition umbruch, Mödling – Wien“.)

Trauer um Adolf Hasenöhrl

Aus München erreichte uns die traurige Nachricht vom Ableben unseres Freundes und Genossen Adolf Hasenöhrl, langjähriger Vorsitzender der Seliger-Gemeinde. Er starb nach längerer Krankheit am 9. Februar 1989.

Adolf Hasenöhrl wurde am 15. Oktober 1911 in Chumo bei Hartmanitz im Böhmerwald geboren. Mit 19 Jahren wurde er Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei. Am 10. Oktober 1938 wurde er verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wohin auch sein Vater gebracht wurde. Am 14. März 1939 wurde Hasenöhrl aus dem KZ Dachau mit der Auflage entlassen, sich an jedem dritten Tag bei der Polizei zu melden. Bis Ende 1940 war er dann bei der Konsumgenossenschaft Salzburg tätig, von wo aus er Kontakte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus knüpfte. Er wurde schließlich zur Kriegsmarine eingezogen und kam Ende des Krieges in britische Kriegsgefangenschaft. Sofort nach Wiedergründung der SPD trat er als Mitglied ein. 1951 gründete er mit anderen die Seliger-Gemeinde, die Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, deren Bundesvorsitzender er 15 Jahre hindurch war. Große Verdienste erwarb sich Adolf Hasenöhrl, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten war, als

Kärnten

Jahreshauptversammlung. Im Hause des ÖGB in Klagenfurt tagte am 11. Februar 1989 die Hauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Landesverband Kärnten. Bei dieser Hauptversammlung konnte Landesobmann Landtagspräsident i. R. Hans Pawlik als Referent, Ehrengast und Kandidaten zur Landtagswahl 1989 den Genossen Peter Kaiser begrüßen.

Von unseren Freunden in Wien haben wir eine Entschuldigung erhalten, in der sie unserer Hauptversammlung den besten Verlauf wünschten.

Bei der Totenehrung wurde der verstorbene Mitglieder, insbesondere aber des Genossen Konsul Peter Griebichler sowie der Vorstandsmitglieder Eduard Goritschnig und Franz Schweinzer gedacht. Eine Trauerminute wurde auch für den Genossen Robert Blau, der uns viele Jahre in sozialpolitischen Angelegenheiten betreut hat, abgehalten.

Der Landesobmann Hans Pawlik brachte den Organisationsbericht für die Zeit seit der letzten Hauptversammlung am 12. Februar 1986. Der Landesverband hielt in der Berichtszeit zwei Landesvorstandssitzungen ab. An den Arbeitstagen sowie an der Bundeshauptversammlung haben neben dem Landesobmann die Genossen Frieht, Miklau sowie Poganitsch teilgenommen.

Wesentlich an der Organisation des Alpen-Adria-Treffens war unser Landesverband ebenso beteiligt, wie durch die Entsendung von Delegierten zu den Veranstaltungen im Alpen-Adria-Raum.

Im Bedenkjahr 1988 sowie an den übrigen Gedenktagen ehrten die Funktionäre durch Kranzniederlegungen am Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl den Opfertod der 1000 Kärntner Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Aus dem Organisationsbericht geht hervor, daß der Mitgliederstand des Bundes durch 14 Todesfälle naturgemäß gesunken ist. Er beträgt derzeit 99 Mitglieder, dem stehen 8 Neubeamtungen von unterstützenden Mitgliedern gegenüber.

Der Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Kärntens, Peter Kaiser, überbrachte die Grüße der Sozialistischen Jugend und der Jungen Genera-

7 HERRN/
SCHWANTNER JOHANNES 3000004688
DARRINGERGASSE 14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender



tion in der SPÖ und verwies in seinem Referat auf die emotionale und ideologische Verbundenheit der jungen Menschen mit den einstigen Widerstandskämpfern. Deshalb sei es begrüßenswert, daß jetzt auch die Jugend im Sinne der Bewahrung des „mahnenden Gewissens“ in dieser Organisation mitarbeiten könne.

Der Landeskassier Franz Poganitsch brachte den Kassabericht und konnte mit Genugtuung feststellen, daß vom Amt der Kärntner Landesregierung Subventionsmittel – und hier vor allem vom zuständigen Referenten Landesrat Rudolf Gallob – zur Verfügung gestellt wurden. Dem zuständigen Referenten gebührt deshalb der große Dank unseres Bundes.

Über Antrag der Kontrolle wurde dem Landeskassier und dem Landesobmann einstimmig die Entlastung erteilt.

Bei der Neuwahl wurde Genosse Hans Pawlik als Landesobmann bestätigt, zu Stellvertretern gewählt wurden die Genossen Franz Frieh und Thomas

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.
Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller:
Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG.,
1110 Wien.

Wieser. Weiters gehören dem Landesvorstand die Genossinnen und Genossen Franz Poganitsch, Rudolf Miklau, Fritz Mayer, Josefine Oschmalz, Franz Bogataj, Johann Zimmermann, Othmar Müller und Peter Kaiser an.

Niederösterreich

Hirtenberg. Eine lobenswerte Initiative hat die Sozialistische Jugend des traditionellen Hirtenberg (Bezirk Baden) gesetzt. Zu einer Gedenkstunde im Rahmen des Themenkreises „100 Jahre SPÖ“, bei dem natürlich dem 55. Jahrestag des Februar 1934 ein besonderer Platz eingeräumt war, hatte man den Zeitzeugen Dr. Franz Danimann als Referenten eingeladen.

Sein Einleitungsvortrag war eine Mischung historischer Information und persönlicher Erfahrungen. So war es auch gut möglich, die Atmosphäre der Geschehnisse der letzten 60 Jahre zu vermitteln. Und zwar unter besonderer Berücksichtigung der bedeutenden Rolle der niederösterreichischen Sozialisten.

An der Veranstaltung mit mehr als 60 Teilnehmern nahmen auch der Stadtparteiobmann, der Bürgermeister von Hirtenberg und der Bezirksgruppenobmann

der sozialistischen Freiheitskämpfer des Bezirkes Baden, Genosse Rudolf Winter, teil. Es war wie in früheren Zeiten: Die Jugend erschien im Blauhemd und begrüßte sich mit „Freundschaft“ und abschließend erklangen „Das Lied der Arbeit“ und die „Internationale“.

Besonders hervorgehoben werden muß noch, daß auch eine Ausstellung zu besichtigen war, in der mit viel Fleiß und bemerkenswertem Einfühlungsvermögen eine Darstellung der Geschichte der niederösterreichischen Sozialdemokratie gezeigt wurde. Die Initiative ging vom SJ-Obmann König aus, dem dafür Anerkennung gebührt.

Tirol

Gedenktafel für Konrad Tiefenthaler. Am 22. Dezember 1988 wurde am Gebäude der Bundesbahndirektion für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck eine Gedenktafel für Konrad Tiefenthaler angebracht. Konrad Tiefenthaler war in der Zeit des Austrofaschismus bei der Bundesbahn sozialistischer Gewerkschafter und Personalvertreter. Er hat seinen Posten verloren und bekam Arbeit bei der Konsumgenossenschaft. Nach seiner Verhaftung wurde er beim Verhör im Landesgefängnis durch die Gestapo erschlagen. Tiefenthaler war revolutionärer Sozialist und hatte Kontakte zu den südbayrischen Genossen der Gruppe „Neu beginnen“.



Die Gedenktafel ist Konrad Tiefenthaler und allen anderen Eisenbahnern gewidmet, die im Kampf gegen den Faschismus zu Tode gekommen sind. Bei der Enthüllung der Gedenktafel sprachen Abgeordneter zum Nationalrat Strobl und der Vizepräsident der Bundesbahndirektion Dr. Solath.

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunde“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 5/6 ist der 15. April 1989.